

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

527 (13.11.1918) Mittagblatt

Bedingungen der Waffen...

(B.L.B.) Nach einem...

Die Zahl der auszuf...

Erzeugungspreis...  
Karlruhe durch Träger Nr. 4.55:  
e. d. Geschäftsstelle monatl. M. 1.20)  
südmärk. (Deutschland) durch die  
Post M. 6. — ohne Beiliegend;  
Ausland durch Post oder Kreuz-  
band. Der Einzelverkaufspreis jeder  
Ausgabe beträgt 10 Pf.

Kernsprecher Nr. 535

Karlruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Badischer Beobachter

Mittagsblatt

Er scheint an allen Werttagen in zwei Ausgaben  
Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen“,  
„Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Familienk.: H. Meyer;  
für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wähl für Anzeigen und Reklamen:  
A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Anzeigenpreis:  
Die adsp. Kolonietelle 20 Pf.; Reklam-  
men Nr. 1.20, je mit 30% Zuerstungs-  
zuschlag. Bei Wiederholung Nachschlag  
nach Tarif. — Aufträge vermittels  
alle Anzeigenbedingungen. — Schluss der  
Anzeigenannahme vorm. 4 1/2 Uhr  
bzw. nachm. 4 Uhr.

Der Ruf ans Volk.

Von unserem Berliner Vertreter.

National-Versammlung! Das große  
Wort klingt wieder durch deutsche Gassen. In  
der ersten Stunde, in der das deutsche Volk nun  
steht, erhebt wieder der Ruf, des Landes Vertreter  
zur National-Versammlung zu entsenden, die das  
Schicksal von Reich und Volk bestimmen sollen. Diese  
National-Versammlung wird eine große deutsche  
Versammlung sein. Es sollen alle Volksteile an ihr teilnehmen,  
die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen.  
Das ist die Anbahnung der Vereinigung  
Deutsch-Österreichs mit dem Deut-  
schen Reich!

Erst, ungeheuer ernst ist dieser Ruf ans Volk!  
Wir stehen am Rande des Abgrundes! Unernehtlich  
ist die Gefahr! Wenn wir nicht alle Kräfte zusam-  
mennehmen, verfallen wir! Das wird und darf  
nicht sein! Jetzt gilt! Das Reich wollen und  
wollen wir retten, wenn wir nicht alle untergehen  
wollen. Das Mittel ist geklärt, nie wieder kann es  
erleiden. Die neue Zeit erfordert die Mittelfür eines  
jeden unter uns, dessen Standes er auch sei. Das  
Volk nimmt sein Geschick in seine eigene Hand! Die  
National-Versammlung soll den unerschütterlichen Willen  
des ganzen Volkes klar und vor aller Welt  
zum Ausdruck bringen. Die ganze Nation soll vor  
allen Dingen frei ihre künftige Staatsform bestim-  
men, ob Monarchie oder Republik. Wie immer die  
Entscheidung fällt, für die Zukunft des Volkes, seine  
freie und ungehinderte Entfaltung hängt von ihm ab.

Jeder sei sich bewusst, was die Stunde von ihm  
fordert. Ungeheuer groß ist diese Stunde! Jetzt  
müssen alle Gutachten zusammenfließen, das Leben  
und Eigentum der Bürger geschützt bleiben. Die  
augenblickliche Regierung wird ihre Hauptaufgabe  
in der Erreichung dieses Zieles erblicken. Vor  
allen kommt es darauf an, die Lebensmittelfer-  
orgung unbedingte sicher und auf eine bessere Basis  
zu stellen, als bisher.

Möge jeder den Ruf, der an ihn ergeht, in Er-  
kenntnis der Schwere der Verantwortungen hören,  
dann kann unter in Schmerzen wiedergeborenes  
Deutschland zu einem glücklichen neuen Le-  
ben erleben.

Die Umwälzung in Deutschland.

Verständigung mit Gesezeskraft.

Berlin, 12. Nov. (B.L.B.) Ein Aufruf der  
Volksbeauftragten kündigt an: Die Regie-  
rung setze sich die Aufgabe, das sozialistische  
Programm zu verwirklichen und verständliche mit  
Gesezeskraft: Aufhebung des Belage-  
rungsstandes, sowie aller Beschränkungen  
des Vereins- und Versammlungsrechtes auch für  
Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur,  
freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religions-  
übung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes  
über den väterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der  
Gesindeordnung sowie der Ausnahmegeetze gegen  
Landarbeiter. Spätestens zu Neujahr soll der  
historische Maximalarbeitstag in  
Kraft treten. Die Regierung kündigt ferner an:  
Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unter-  
stützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versiche-  
rungspflicht bei der Krankenversicherung, Bekämpfung  
der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volks-  
ernährung, die Aufrechterhaltung geordneter Pro-  
duktion, Schutz des Eigentums gegen die Angriffe  
Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach  
dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen  
Wahlrecht nach dem Proportional-System für alle  
mindestens 20 Jahre alten männlichen und weib-  
lichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende  
Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

Hindenburg an die Arme.

Berlin, 12. November. (B.L.B.) Erlass des  
Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an die  
deutsche Armee nachfolgenden Erlass gerichtet:

An die Arme!

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet. Bis  
zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen  
in Ehren geführt. In treuer Hingabe und  
Mühseligkeit haben wir die Arme gewaltsam  
in heroischen Anzweiflungen und zäher Abwehr.  
In hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben  
wir den Feind vor unseren Grenzen ferngehalten  
und die Heimat vor den Schrecken und Ver-  
wüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsen-  
den Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammen-  
bruch der uns bis ans Ende ihrer Kraft zur Seite  
stehenden Verbündeten und bei der immer  
drückender werdenden Ernährungs- und Wirtschafts-  
situation hat sich unsere Regierung zur Annahme  
harter Waffenstillstandsbedingungen ent-  
schlossen. Diese Bedingungen sind für uns  
schwer, aber wir haben sie angenommen, weil  
wir nicht wollten, dass wir unter Land und un-  
ter Feind bis zum äußersten verteidigt haben,  
hoffen wir neue Kraft.

Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum  
schnellen Rückmarsch in die Heimat, unter  
den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Auf-  
gabe, die Selbstbeherrschung und treueste  
Pflichterfüllung von jedem Einzelnen von  
Gute verlangt, ein harter Ruckstein für den Geist  
und den inneren Halt der Truppe. Im Kampfe habt  
Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich  
gelassen. Ihn vertraue auch jetzt auf Euch!  
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Das neue preussische Kabinett.

Berlin, 12. Nov. Dem Vorwärts zufolge hat der  
Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates  
zu Mitgliedern des Kabinetts für Preußen  
folgende Genossen ernannt:  
Paul Sirsch und Heinrich Ströbel als Vor-  
sitzende, ferner Otto Braun, Eugen Ernst,  
Adolf Hoffmann. Ein weiteres Mitglied tritt  
noch hinzu. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte  
des bisherigen Landwirtschaftsministeriums sind die  
Genossen Otto Braun und Adolf Hofer mit der  
Wahrnehmung der Geschäfte der inneren Verwaltung  
die Genossen Paul Sirsch und Emil Eich-  
horn, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der  
Groß-Berliner Polizei Genosse Eugen Ernst, mit  
der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Fi-  
nanzministeriums Genosse Dr. Albert Südekum,  
mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen  
Kultusministeriums die Genossen Adolf Hoff-  
mann und Konrad Gänisch beauftragt. Die Ver-  
vollständigung der Regierung erfolgt baldigt.

Neue Regierung in Elsass-Lothringen.

Strasbourg, 12. Nov. (B.L.B. Antlich.) Aufruf  
an die Bevölkerung Elsass-Lothringens. Die heute  
hier versammelten Mitglieder der 2. Kammer des  
elsass-lothringischen Landtages haben sich heute als  
elsass-lothringischer Nationalrat konstituiert und  
aus ihrer Mitte einen provisorischen  
Verwaltungsausschuss ernannt, der aus  
folgenden Mitgliedern besteht: Bürger-  
meister: Müller und Kultus, Heinrich; Land-  
wirtschaft, Nuss; Soziale Fürsorge, Lang; Finanzen,  
Meyer; öffentliche Arbeiten und Ver-  
kehrswesen, Dr. Heeger; Inneres und Unterricht,  
Reirot; Ohne Portfeuille, Dr. Ridlin; Prä-  
sident des Nationalrates ohne Port-  
feuille.

Der elsass-lothringische Nationalrat.

Strasbourg, 12. Nov. (B.L.B.) Die zweite Kam-  
mer hat sich in ihrer heutigen Plenarsitzung unter  
Leitung von Haus und Verbanen als elsass-  
lothringischer Nationalrat konstituiert und  
sich in Permanenz erklärt. Das bisherige Büro  
wurde wiedergebildet und der gestern ernannte Verwal-  
tungsausschuss bestätigt, in welchem für Dr. Ridlin der  
Abg. Schön eintritt und zwar ohne Portfeuille. Prä-  
sident Dr. Ridlin stellte fest, dass die Zusammenkunft in Elsass-  
Lothringen auf den Nationalrat übertragen sei,  
der dafür zu sorgen habe, dass die Übergangszeit ohne  
Störung der öffentlichen Ordnung verläuft. Er richtete  
daher an alle Kreise der Bevölkerung, sowie an die im  
Landes tätigen Beamten ohne Unterschied der Staats-  
angehörigkeit, besonders die Beamten der Eisenbahn und  
Post die Aufrechterhaltung der Nationalrat in seinen Ver-  
pflichtungen zu unterstützen. Redner wies auf die große  
Bedeutung eines ungehinderten Verkehrs, auf die glatte  
Abwicklung der Lebensmittelferorgung hin  
und betonte, dass der Nationalrat allen, die sich im Lande  
befänden, den Schutz der Gesezes güdere. Wer sich  
dagegen verheißt, mache sich nicht nur strafbar, sondern  
verpflichtet sich auf das schwerste am Wohle des Landes  
und seiner Bewohner. Die elsass-lothringische Bevölke-  
rung habe sich bisher selbstlos geopfert und den Boden der  
Gesezeskraft gestellt und wird sich davon nicht abbringen  
lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem noch für die  
Mitglieder des Nationalrates parlamentarische  
Immunität beschlossen war, wurde die nächste  
Sitzung auf Mittwoch 3 Uhr anberaumt. — Der feier-  
liche unter der Anführung des Landesvertrates verurteilte  
Abg. Bogly befindet sich in Freiheit und wurde beim  
Erstehen im Hause lebhaft begrüßt.

Rücktritt des Statthalters und des Staatssekretärs.

Strasbourg, 12. Nov. (B.L.B.) Der Statthalter  
Dr. Schwander und Staatssekretär Gauß ha-  
ben gestern ihre Ämter niedergelegt und  
der ausländischen Stelle, dem Reichskanzler, Oberst  
mit den in der Angelegenheit schon früher verhan-  
delt wurde, hieron telegraphisch in Kenntnis gesetzt.

In die Soldaten.

Stuttgart, 11. Nov. (B.L.B.) An alle Soldaten!  
Sämtliche Soldaten haben sich unverzüglich zu  
ihrem Truppenteil zu begeben. Nicht-  
Befolgung wird strengstens bestraft.

Ruhe und Ordnung in München.

München, 12. Nov. (B.L.B.) Aus zahlreichen  
Städten wird über die Ausbreitung der  
Revolutionärsbewegung berichtet, ebenso  
über die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten,  
darunter sind die Städte Sulzbach, Schweinfurt und  
der Truppenübungsplatz Grafenwörth sowie Strau-  
bing. München zeigt heute bereits wieder das  
gewohnte Aussehen. Die Schulen haben  
den Betrieb wieder voll aufgenommen. Der Eisen-  
bahnverkehr zeigt keine Einschränkungen. Im Lan-  
tagsgebäude, dem Heim der künftigen Nationalver-  
sammlung, ist nach dem lebhaften Verkehr der letzten  
Tage mehr und mehr Ruhe eingetreten. In den  
Betrieben ist am Montagmorgen die Arbeit wieder  
ausgenommen worden. In den Munition- und  
Küchenwerken wird gearbeitet. Wie das Mini-  
sterium des Inneren des Reiches Bayern be-  
kannt gibt, beabsichtigt die Regierung des bayeri-  
schen Reiches sämtliche künftigen Schlichter  
dem Volksbildung- und dem Volksgesundheitswoh-  
nen nutzbar zu machen.

Hessen vom Arbeiter- und Soldatenrat zur Republik  
erklärt.

Darmstadt, 11. Nov. (B.L.B.) In einer wei-  
teren Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates  
wurde gestern nachmittag Hessen zur Republik  
erklärt. Der Großherzog wurde für abgesetzt  
erklärt. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut: Ar-  
beiter und Bürger! Die Regierungsgewalt ist auf  
das Volk übergegangen. Es ist frei und mündig,  
um sein Schicksal selbst zu bestimmen. Soldaten,  
Arbeiter, Bürger schließt die Reihen. Ein freies  
Volk schafft freie Zukunft. In folgenden 7 Punkten  
faßt der Arbeiter- und Soldatenrat seine Ansichten  
anzustellen: 1. Der sozialistischen Frak-  
tion der bisherigen Reichstages wird die  
Bildung des Ministeriums übertragen. 2. Der  
von dieser gebildeten Regierung wird übertragen,  
binnen 3 Tagen ein Gesetz zur Wahl eines Lan-  
desparlamentes vorzulegen, das den Grund-  
rissen der Verhältnismäßig entspricht. Wahlberechtigt  
soll jeder großjährige Hesse sein. 3. Großherzog  
Ernst Ludwig wird abgesetzt und das Großher-  
zogtum als Republik erklärt. 4. Die großherzo-  
glichen Domänen verfallen dem Lande. 5. Alle Son-  
derrechte der Gebiete und des Stammes werden be-  
seitigt. Sämtliche im Großherzogtum bestehende  
Fideikommiss sind aufzulösen. 6. Vollkommene  
Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet.  
7. Trennung von Kirche und Staat. Des Volk wird  
angewiesen zur Tat. Die Vorläufe sind abzuschließen,  
das Tor der Zukunft steht offen. Trete ein  
mit entschlossenem Geiste und heit mit, den neuen  
Volksstaat stark und gesichert zu errichten.

Thronverzicht des Herzogs von Anhalt.

Altenburg, 12. Nov. (B.L.B.) Die Altenburger  
Nachrichten melden, daß der Großherzog  
Friedrich August für sich und die Dynastie auf  
den Thron verzichtet hat. Die letzte Willens-  
bekundung des Großherzogs war die Aufforderung an  
die gesamte Bevölkerung, die Ruhe zu bewahren.

Thronverzicht des Herzogs von Anhalt.

Bernburg, 12. Nov. (B.L.B.) Wie der Anhalt. Kur-  
melde, hat der Prinzregent heute für den Her-  
zog Johann Ernst von Anhalt auf den Thron, sowie  
des herzogliche Haus, auf die Kronfolge verzichtet, und  
seinerseits die Regentschaft des Herzogtums nieder-  
gelegt. Eine neue Regierung wird morgen ge-  
bildet.

Thronverzicht des Herzogs von Anhalt.

Detmold, 12. Nov. (B.L.B.) Fürst Leo-  
hold IV. von Lippe hat dem Thron entsagt.

Zur Frage der konstituierenden National-  
versammlung.

Berlin, 13. Nov. Im Vorwärts schreibt Stam-  
per: Die Mitglieder der neuen Regierung nennen  
sich Volksbeauftragte. Nur durch ordent-  
lichen Wahlrechtsbeschluss auf dem Wege allgemeiner  
Wahlen kann das Volk geeignete Aufträge erteilen.  
Da die neue Regierung solcher Aufträge noch ent-  
behrt, muß sie ihr Amt als ein vorläufiges  
auffassen. Sie muß sobald als irgend möglich eine  
allgemeine Volksvertretung einer konstitu-  
ierenden Nationalversammlung wählen  
lassen. Für die Einberufung einer solchen Ver-  
sammlung hat sich die neue Reichsleitung mit ihrem  
Programm mit dankenswerter Klarheit ausge-  
sprochen.

Berlin, 13. Nov. (B.L.B.) Georg Bernhard  
betont, daß die Volk. Zeitung selbstverständlich die  
Umwälzung als vollzogene Tatsache betrachte und  
die deutsche Republik mit allen Mitteln wirksam  
fördern und unterstützen will. Er verlangt Einigung  
der beiden bürgerlichen Parteien zur Vorbereitung  
der Nationalversammlung bis zu deren Zusammen-  
tritt sei es Pflicht des deutschen Bürgertums, sich  
einmütig hinter die Regierung zu stellen.

Eine Kundgebung der Fortschritt-  
lichen Volkspartei verlangt die sofortigen  
Wahlen zur Nationalversammlung.

Berlin, 12. Nov. (B.L.B.) Das Mitglied des  
Soldatenrates Schlesinger ist in das Kriegs-  
ministerium abgeordnet worden, um in Angele-  
heiten der Kriegsgefangenen alle Anordnun-  
gen selbständig zu treffen. Der Abzug und die  
Verpflegung der Kriegsgefangenen sowie die  
Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten für  
die zur Entlassung kommenden Mannschaften er-  
fordern ein einheitliches Zusammenarbeiten aller  
Beteiligten. Alle Dienststellen und Arbeiter-  
und Soldatenräte werden dringend gebeten, den vom  
Kriegsministerium Abt. D. K. ergehenden An-  
weisungen nachzukommen und sich mit der Abteilung  
D. K. in Verbindung zu setzen.

Der deutsche Bankbeamtenverein.

Berlin, 12. Nov. (B.L.B.) Der deutsche  
Bankbeamtenverein, der ungefähr die  
Hälfte der Bankangestellten Deutschlands umfaßt  
und mit über 200 Zweigorganisationen über das  
ganze Reich verteilt ist, hat sich der neuen Re-  
gierung zur Verfügung gestellt, um dazu  
beitragen, daß ein Chaos verhindert wird.  
Er richtet an alle Berufsangehörigen den dringend-  
sten Appell, die Ruhe zu wahren und in ungewohnter  
Weise ihre Arbeiten zu verrichten. Aufrecht-  
erhaltung des Geldverkehrs ist nicht minder wichtig  
als die Sicherung der Ernährung. Es wird jetzt  
überall zur Bildung von Bankräten geistert.  
Nicht zeitlich die Vereinigung der Arbeiter- und  
Bankbeamten zu Verhandlungen von Organisationen  
bereit. Es ist deshalb zu erwarten, daß die berech-  
tigten Wünsche der Bankangestellten erfüllt werden.

Das Offizierskorps.

Berlin, 13. Nov. Das Berl. Tagebl. fordert die bür-  
gerlichen Offiziere auf, sich wieder auf der Straße zu zeig-  
en, um darzutun, daß ein sehr erheblicher Teil des bür-  
gerlichen Offizierskorps seinen Anschluß an  
die Revolution vollzogen habe, um das Vertrauen  
des Publikums zur Neuordnung zu stärken.

Standrechtlich erschossen.

Berlin, 13. Nov. Bei den gestrigen Ausschrei-  
tungen am Alexanderplatz wurden zwei Personen ge-  
tötet, zwei andere schwer verletzt.

Der Oberbefehlshaber Ost.

Berlin, 12. Nov. (B.L.B.) Der Arbeiter- und Sol-  
daterrat teilt mit, daß der Oberbefehlshaber Ost  
mit den ihm unterstellten Armeen sich in gleicher Weise  
wie die übrige Gesezesleistung zur Verfügung  
gestellt habe.

Neue Soldatenräte.

Vronberg, 12. Nov. (B.L.B.) Gestern wurde  
im Arbeiterkafé die formelle Bildung eines Ar-  
beiter- und Soldatenrates vollzogen. Es wurde ein Aktions-  
ausschuss ernannt.

Glauchau, 12. Nov. (B.L.B.) Nachdem in der  
Nacht vorher Plünderungen durch Militär-  
und Zivilpersonen vorgekommen waren, bemühten  
sich am Sonntag die Arbeiter- und Sol-  
datenrat der Kommandantur Glauchau.

Berlin, 12. Nov. (B.L.B.) Der Arbeiter- und Sol-  
daterrat teilt mit: In Marienburg, Nie-  
meh und Grauburg wurden Soldatenräte ge-  
bildet. Auch in Kronfurt a. O. ist ein Arbeiter-  
und Soldatenrat gebildet worden.

Berlin, 12. Nov. (B.L.B.) Der Arbeiter- und Sol-  
daterrat teilt mit: Soldatenräte sind gebildet  
worden in Landsberg a. d. W., Glogau, Senzburg. In  
diesen Orten ist ebenfalls alles in Ruhe verlaufen.

Erklärung Clemenceaus.

Paris, 12. Nov. (B.L.B.) Clemenceau sagte  
in einer Ansprache an die Journalisten, Deutschland  
habe mit der Kapitulation bis zu seiner Erziehung ge-  
wartet. Es sei jetzt außer Stande seine Lebensmit-  
tel vorzubereiten. Da die Lage in Deutschland  
und Österreich-Ungarn verzweifelt sei, würden die Al-  
liierten ihnen bis zum 1. Dezember beistehen, da  
sie für und nicht gegen die Menschlichkeit kämpften.

Die frühere Kronprinz.

Berlin, 12. Nov. (B.L.B.) Die Nachricht, daß  
der frühere Kronprinz sich mit dem früheren Kaiser  
nach Holland begeben habe, ist, wie wir er-  
fahren, nicht richtig. Der frühere Kronprinz be-  
findet sich noch bei den Truppen an der Front.

Waffenstillstand.

Rede Wilsons im Kongreß.

Washington, 12. November. (B.L.B.) Drahtlos.  
Wilson hielt im Kongreß eine Ansprache, in der  
er die Bedingungen des Waffenstillstandes  
mitteilte und n. a. ausführte, das Ziel des  
Krieges ist erreicht, der bewaffnete Im-  
perialismus und die Militärdiktatur  
Deutschlands, die geheim und aus eigener  
Macht den Frieden der Welt stören konnten, sind  
vernichtet. Viel mehr als das ist aber erreicht. Die  
großen Nationen der Welt hatten sich zu  
einem gemeinsamen Ziele vereinigt, nämlich den  
Frieden anzurufen, der die Schmach der  
Welt nach uneigennütiger Gerechtigkeit be-  
digen wird, und der in Anbetracht dessen, daß  
auf viel besserer und dauerhafter Grundlage auf-  
gebaut sein werden, als den schließlichen und kon-  
kurrierenden Interessen mächtiger Staaten. Der  
humane Sinn der freigebigen Regierungen habe sich  
bereits praktisch gezeigt. Die Vertreter des ober-  
sten Kriegsrates in Versailles berück-  
sichtigen durch einmütigen Beschluß der Vertreter der  
Mittelmächte, daß alles, was den Umständen  
nach möglich ist, geschehen soll, um mit Lebens-  
mitteln und Vorzügen das Elend zu er-  
leichtern; es sollen weitere Schritte getan werden,  
um diese Unterstützungsmahregeln in systematischer  
Weise zu organisieren, wie es in Belgien ge-  
schehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffs-  
raums der Mittelmächte soll es alsbald möglich ge-  
macht werden, die unterdrückten Völker vor vollstän-  
diger Verelendung zu bewahren und ihnen den Sinn  
für die großen Aufgaben des politischen Auf-  
baues klar zu machen, denen sie sich jetzt überall  
gegenübersehen.

Mit welchen Regierungen werden wir es  
bei Aufrichtung des Friedens zu tun haben, mit  
welcher Autorität werden sie uns gegenüberreten,  
mit welcher Bürgschaft, daß ihre Autorität von  
Dauer sein wird? Hier liegt der Grund für keine  
geringen Sorgen und Befürchtungen. Wenn der  
Frieden geschlossen ist, auf wessen Ver-  
pflichtungen und Verantwortungen, außer denen  
von uns selbst, wird er beruhen? Seien wir offen  
gegen uns selbst, geben wir zu, daß diese Fragen  
nicht sofort befriedigt werden können. Aber  
die Moral ist, daß die Hoffnung besteht, daß eine be-  
friedigende Antwort bald möglich ist. Die Völker,  
die eben erst aus dem Joch der Willkürlichkeit  
herausgekommen sind, die jetzt endlich im Besitz ihrer  
Freiheit gelangen, stehen jetzt vor ihrer ersten  
Probe.  
Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst  
finden. In der Zwischenzeit müssen wir den Friede-  
den aufrechten, der ihren Platz unter den Nationen



Aufrechterhaltung der Auf-  
sichtsbefugnis der Er-  
bollen zur Verfügung zu

Präsident, aca. Mengenscheider,  
Direktor.

**Chronik.**

Wie aus den Verhandlungen  
zu ersehen ist, wurde die  
Grundzüge an die  
aufgegriffen. Eine Reihe  
angehen aus. Der Justizminister  
amais, daß die Regierung in die-  
seine bestimmten Entschlüsse ge-  
kannt wird, bezieht sich das  
u mit dem Plan, die Grund-  
rechtsmattersgerichten zu übertragen  
den Ratsherrn in die Amts-  
wegen dieses Vorhaben bestehen  
die Gemeindegremien  
Denken. Die Städte der  
oben deshalb an das Justizmini-  
gerichtet, die Grundbuchämter  
ermessungswerte und Lagerbücher  
erlassen, namentlich aber die lä-  
soweit solche bestehen, zu er-

Der frühere Rector beim stell-  
wärtigen des 14. A. S., Dr. Erwin  
erde zum Geheimen Regierungsrat  
im Reichswirtschaftsamt er-

Am Sonntag mittags erlitt  
Es waren aber deutsche Flücht-  
n näheren und dann über der  
ur kamen sie aus Hamburg, von  
r Arbeiter- und Soldatenrat an

Nov. Das Großherzogin-  
a auf Schloß Baden Wohnung

Einleitung der Neuordnung in  
ein Neuenleben des  
ger Rector Zeitung lesen, hatte  
aufnahme fahrender Matrose auf  
fabrig entfallen. Als der Zug am  
einjur, soll vom Kommandeur  
einfuhr zum Schiffe gegeben wor-  
Emil für mit Namen, wurde  
und sofort getötet. Der Kom-  
euer wurde selbsterlödet. Später  
er ein Arbeiter- und Soldaten-  
debnung wurden nicht mehr ge-

Gestern nachmittags fand im  
hier eine außerordentlich gut  
ammlung statt, an der fast  
am 10. und auch von 1. 1. 1.  
Bezirksvorstand 1. 1. 1.  
angehörige Ange der Land-  
recht Herr Verhandlungs-  
die Bedeutung und die Wich-  
den Verwertung der landwirts-  
den sich anschließenden, teil-  
schiedlich gefordert, daß zur  
ng der landwirtschaftlichen Pro-  
dualitäten herangezogen werden  
Neuordnung sei dies die dring-  
derung, die die Landwirtschaft  
den mehrere Klagen gegen den  
landsbau für Kartoffeln  
Geschäfte bisher in so zutrie-  
haben soll, was allgemeine  
am Schluß gab noch Herr Land-  
er von Essen einen kurzen  
andlungsfähigkeit und was auch  
Besitzverhältnissen hin, mit  
rechnen müsse. Zum Schluß  
den neuen Genossenschaft bei  
Vorstand Emmerich die sehr  
lung.

Die reiche Vergabung angelegten  
es auch auf der Bühne neue  
recht. Daß ich ihr damit recht  
die enge Verbindung mit  
sich bei den Dichtun-  
sichern sofort einstellte. Ein  
Freunden ihres Königs  
H. L. M.

ge über das neuere Drama.  
Des ganzen neuere deutsche  
Dramatik. Gedehs Reichen  
en Dramen einleitend nach  
ling der Zeit, des Lebens ge-  
über diesen Ring nach etwas  
freiheit bringt sie in Konflikte,  
dramatischen Konflikte, die die  
Schuld befreit und ihnen eine  
wird vom nachhergehenden Dra-  
behalten. Das Problem  
sondern rein technisch ver-  
Schrittstellerrecht erscheint als  
mas bis Julia), daneben das  
Dramatiker, zu dem auch Wil-  
n kann. Der Naturalismus  
legene dem neuen Leben, der  
sein Ausgangspunkt und seine  
n technisch. Der Impressionis-  
genkristall in die feinste phy-  
besteht aus sich die Neu-  
mannsthal, Cullenberg) hervor-  
unterer zeitgenössischen Pro-  
des Dramas ab. Neue Er-  
erhalten neue historische  
nächsten Beiträge Dr. Noer-  
höchste instruktiv und anwen-  
den (mit Recht) sehr großem  
H. L. M.

**Land und Musik.**

den 17., mittags fast 2 Uhr,  
mit finanzieller Beihilfe des  
e Verteilung eine Aufführung  
Entscheidend einschlägig.  
Zettel für Nr. 1-604 in Bar-  
n Nähe des Parketts und für  
absterben 50 Rar. Der Verkauf  
an an der Karte des Konzert-  
10 Uhr bis 1 Uhr. — 2. Ein-  
Da Herr Hermann Noebel  
inhernt ist, wird anstelle seiner  
Bortragssoliste Wachs Panzelle  
von Herrn Theodor Warner aus-  
men.

Wahl, 10. Nov. Der Bürgerausschuß beschloß sich  
mit 20 gegen 17 Stimmen an einem Kinomato-  
graphentheater, das nach dem Kriege hier erri-  
cht werden soll, zu beteiligen. Die Stadt soll die  
Konzession erhalten, die Gesellschaft, die den Be-  
trieb übernimmt, soll mit einem Stammkapital von 8000  
Mark gegründet werden. Von den 40 Anteilen soll die  
Stadt 21 übernehmen, die übrigen 19 sollen durch den  
Gemeinderat vergeben werden.

11. Kappelroth bei Wahl, 10. Nov. Im Stein-  
bruch zu Kappelroth wurde der 67jährige Maurer  
Joh. Vogel von hier tot aufgefunden. Der alte Mann  
hat auf seinem Heimweg von der Mutter, Finken Grim-  
merwald, offenbar im Nebel und in der Dunkelheit die  
Richtung verloren und ist abgestürzt.

12. Freiburg, 12. Nov. Der Stadtrat hat einen beson-  
deren Verhandlungsausschuß gebildet, der die  
Aufgabe hat, in ständiger Fühlung mit der Bevölkerung  
zu stehen und von ihren Vertretern (Arbeiter- und Sol-  
datenträger) Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen.  
13. Konstanz, 12. Nov. Die Stadt. Ingerichtet, daß  
die Briefkästen nach dem Anlauf aufgehoben wird,  
dagegen nach dem Ausland nach wie vor bestehen bleibt.

**Patentverträge nach der Wehrmacht gebrochen.**

Berlin, 9. Nov. (W.L.B. Amtlich.) Der gesamte  
Privatpatentverkehr der Heeresangehörigen von der  
Heimat zur Wehrmacht (Feldpatente bis 10 Mio, Patente über 10-20 Mio) ist mit Rück-  
sicht auf die Wehrverpflichtung bis etwa Mitte November ge-  
brochen. Die Weiterzahlung dieses Verkehrs wird be-  
stimmt gegeben. Der Privatverkehr der Heimat zu den  
übrigen Fronten und der gesamte Verkehr vom Felde  
nach der Heimat bleibt bestehen.

**Aus anderen deutschen Staaten.**

14. Metz, 8. Nov. Die Verlegung der Oberpost-  
direktion nach Karlsruhe, die bereits in die  
Weg geleitet ist, hat hier in Metz und Umgebung eine  
heftige Unruhe und Aufregung erzeugt. Man fragte  
sich über die nach einem ausfallgebenden Grunde.  
Andere wichtige Betriebe, wie die Eisenbahn,  
die gerade jetzt gewaltige Aufgaben zu erledigen hat,  
bleiben ruhig am Plat. Viele Familien sind ängstlich  
geworden, paden ihre Habegelegenheit und befürchten die  
Eisenbahnverwaltung, den Transport in das Innere  
Deutschlands zu bewerkstelligen. So türmen sich insolge  
des Wehrdienstes der Wehrverpflichtung die Schwierigkeiten  
insgesamt. Karlsruhe ist nicht imstande, sämtliche  
Verkehrswege der Oberpostdirektion unterzubringen;  
einzelne Linien nach Koblenz i. V. verlegt werden. Das  
erhöht den Geschäftsbetrieb ganz erheblich, unter-  
bricht den Verkehr mit der Hauptstadt und den Zweig-  
stellen, so daß die Beamten wie die Geschäftswelt  
schwer darunter leiden. Von den erheblichen Kos-  
ten, die dem Staate erwachsen, ganz abgesehen. Die  
Familien der Beamten können wegen der herrschenden  
Wohnungsnot in Karlsruhe und in Koblenz keinen An-  
spruch auf finden; die Beamten selbst müssen froh sein,  
wenn es ihnen gelingt, ein Zimmer zu erwischen. So  
werden die Familien auseinandergerissen. Nur eine  
anjanstliche Information dürfte die Berliner  
Zentralstelle besitzen haben, ihre Zustimmung zu geben  
zu dieser Maßnahme.

**Kirchliche Nachrichten.**

15. Ransgenbrücken. In Schopheim starb nach kurzer  
Krankheit der hochw. Herr Vikar Franz Joseph Staun  
von hier im Alter von 53 Jahren. Die Beerdigung findet  
voraussichtlich hier am Freitag statt.

**Aus dem Stadtkreis.**

Karlsruhe, 13. November 1918.  
16. Die Verlegung des Eisenbahndepotals mit Be-  
weismitteln betr. wird und gelehrt: Die Bad. Eisen-  
bahnverwaltung brachte jüngst einen Antrag zur Ver-  
öffentlichung über die Wohlfahrtsbeihilfe in Bezug  
auf die Verlegung des Depotals mit Beweismitteln.  
Es soll der gute Wille durchaus nicht verkannt werden  
auf diesem Gebiet, aber die Ausgaben stehen in keinem  
Einfluss zu den, was dem Personal an Lebensmitteln  
geboten wurde, dem die Wohlfahrtsbeihilfe in Wirk-  
lichkeit zugeht. Kurz gesagt, haben an diesem  
Wohlfahrtsbeihilfe bis jetzt auch solche mitgelesen, für die  
eben dieser Fall eigentlich nicht gedeckt war. Das Per-  
sonal, insbesondere das im Bahndienst, freut sich wenig  
über diese Veröffentlichung. Dem Personal von der Ge-  
neraldirektion, dem die Rationen unterteilt sind, ist des-  
halb zu raten, sein Augenmerk darauf zu richten, daß  
die Wohlfahrtsbeihilfe in Wirklichkeit denen ganz zu  
gute kommt, für die sie errichtet ist.

17. Verleumdung. Gemeindefreier Ferdinand  
Huber hier wurde unter Verlesung des Titels  
Großh. Vektor zum Vorstand der Gemeindefreie  
in Bruchal ernannt. Mit ihm scheidet einer  
der anerkannt tüchtigsten und verdienstlichsten Lehrer  
und Lehrkräfte der Gewerbeschule der Dampf- und Me-  
chanik Karlsruhe, der er seit 1905 angehört. Er hat  
an dieser Gewerbeschule eine äußerst erfolgreiche und  
legendäre Tätigkeit entfaltet. Durch das Vertrauen  
seiner Kollegen wurde er in den höchsten Gemeindefreier  
berufen. Große und blühende Verdienste erworb  
sich Huber durch seine uneigennützig, erprießliche Mit-  
wirkung im gewerblichen Vereinsleben. Es war lange  
Jahre Schriftführer des Gewerbevereins Karlsruhe und  
Schriftführer in den Gewerbe- und Handwerkerver-  
einigungen der Amtsbezirke Karlsruhe. Durch sein  
Eintreten, außerdem durch die Veranlassung für den  
gewerblichen Mittelstand im höchsten Gemeindefreier  
gebäude. Durch die Verleumdung entsteht in all diesen  
Kreisen eine große schmerzliche Lücke.

18. Ueber die Vorgänge in Karlsruhe in der Nacht zum 11.  
Nov. meldet die W.L.B. (Staatsanzeiger): Heute  
nacht entstand dadurch eine erhebliche Aufre-  
gung, daß in der Gegend des Schloßplatzes hateres  
Infanterie- und Maschinengewehrfeuer  
gehört wurde. Es war dies um 10 auffallender, als der  
Tag trotz entgegenstehender völlig unbegründeter Ge-  
rächte ruhig verliefen war. Der Minister des Innern  
gog, als die ersten Schüsse fielen, eine zur Verfügung  
stehende Militärabteilung zusammen, um etwaigen An-  
griffen entgegenzutreten; es stellte sich jedoch heraus, daß  
die Schießerei durch einen türkischen Subentrück  
einer schon im Frieden wegen solcher Treibereien berück-  
sichtigten Persönlichkeit entstanden war. Dieser Herr hatte  
sich in das Schloß begeben und verlangte namens des  
Soldatenrats Zutritt zum Großherzog. Als er abgewie-  
sen wurde, gab er vor dem Schloß einen Schuß ab. Er  
hatte außerdem im Namen des Soldatenrats einen mili-  
tärlichen Doppelposten beauftragt, ihm zu folgen. Der  
Soldatenrat hat zu dieser Persönlichkeit keinerlei Ver-  
hältnisse. Es wird mit den strengsten Strafen gegen  
den Täter eingeschritten werden. Es muß bei dieser Ge-  
legenheit die Bevölkerung dringend aufgefordert werden,  
daß sie in dieser schweren Zeit alles unterläßt, was zur  
Unruhe beitragen könnte; aber auch die Soldaten müssen  
sich klar darüber sein, daß niemand, der nicht namens des  
Soldatenrats ordnungsmäßig legitimiert ist, das Recht  
hat, im Namen des Soldatenrats aufzutreten. Es wird  
wegen jeden Verleumdung, die öffentliche Ruhe und Sicherheit

zu stören und gegen jeden Mißbrauch der Autorität des  
Soldatenrats mit der äußersten Strenge vorgegangen  
werden.

**Aufruf zur Bildung von Bürgerausschüssen.**

Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das  
deutsche Bürgertum als solches selbst den schwersten Um-  
wälzungen im Innern tapferlos gegenübersteht. In  
dieser entscheidenden Stunde fordern wir das deutsche  
Bürgertum auf, zu sofortigen Bürgerausschüssen  
sich überall in Deutschland zu schließen. Diese Bür-  
gerausschüsse haben in Fühlung mit der Reichsleitung  
und den A. und S. Räten in erster Linie folgende Auf-  
gaben zu lösen: Wahrung der bürgerlichen Rechte  
und volle Gleichberechtigung des Bürger-  
tums bei allen staatlichen Maßnahmen. Zur Bildung  
eines solchen Bürgerausschusses Großherzogtum haben wir  
bereits die nötigen Schritte getan. Ganzjähnd Dr.  
Kieser.

**Ein kaiserlicher Aufruf.**

Vor sämtlichen evangelischen Kirchen der Stadt Karls-  
ruhe am Sonntag folgenden tiefenste Aufruf, des-  
sen Verfasser unbekannt ist, verbreitet:

Wir haben in den vier Kriegsjahren Ungeheures er-  
litten. Nun steht der Frieden vor der Tür. Er wird uns  
schwere Enttäuschungen und tiefe Demütigungen bringen.  
Wir müssen sie hinhaken. Wir begreifen sie selbst bis  
zum Unerträglichsten, wenn wir jetzt den bösen Feind im  
eigenen Lande nicht gewinnen lassen. Wollen wir nicht  
retten, was zu retten ist? Soll jede Hoffnung zurückgehen  
werden?

Der Kaiser hat die Krone entsagt und zugestanden,  
daß Kaiser gemacht werden sind; er hat die Neuordnung  
der Verhältnisse durch Anteilnahme der Vertreter des ge-  
samten deutschen Volkes verurteilt. Alle bundesstaatlichen  
Regierungen haben eine Umwandlung in demokratischem  
Sinne vorgezogen. Nun gilt es, dem Imperium Einhalt zu  
gebieten. Es ist alles verloren, wenn die Ordnung auf-  
hört und blutiger Verderber um sich greift. Auch nach  
dem Kriege geht die Geschichte ihren Gang weiter. Die  
Menschenaufgaben, die uns in allerhöchster Zeit erwachsen,  
die Heimbringung der Kämpfer, die Ernährung eines  
Millionenvolkes im drohenden Winter, können nur bei  
großer Ruhe und Ordnung bewältigt werden. Es wäre  
ein maßloses Verbrechen, den zurückkehrenden Kriegern  
das Vaterland zum Zummelplatz böser Zwistigkeiten zu  
machen, sie der Plage und der Vererbung ihrer Wunden,  
des Trostes für ihre Leiden zu berauben.

Deutsche Männer und Frauen! Wir haben alleamt  
Schuld auf uns geladen. Wir sind vor Ausbruch des  
Krieges gleichgültig gegen die drohenden Gefahren, im  
Glück des Krieges unanbar, ohne das Gefühl für die  
gewaltigen Pflichten, im Unglück ohne innere Würde und  
Stolz gewesen. Wir haben zu einer Zeit, wo draußen  
das ebelfe Blut und das uns die heiligsten Tränen ver-  
gossen wurden, dem Bruder, dem Schicksal, der Gott-  
losigkeit, überhandnehmender Unzucht die Türen weit ge-  
öffnet, ein großer Teil unserer Jugend ist zu nichts ge-  
worden. Verhängen wir uns nicht noch mehr Laßet  
uns endlich der Stimme der Besonnenheit erschrecken, laßt  
uns das Band der Liebe, der Treue, der Einigkeit befestigen  
und entschlossen den kommenden Entscheidungen ent-  
gegengehen! Unser Schicksal liegt außer in der Hand  
Gottes bei den Vertretern des ganzen Volkes und bei  
jedem Einzelnen von uns.

Laßt uns dem Frieden den Weg bereiten, der nur  
den Friedfertigen kommen wird. Laßt uns alles an-  
dere auf die früheren Zeiten verweisen. Jetzt heißt es  
einzig und allein: das Neueste abwehren und des  
Reichendes zu farten.

**80. Geburtstag der Großherzogin Luise.**

Der Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden  
teilt mit: Am 3. Dezember 1838 vollendete Ihre  
Königl. Hoheit die Großherzogin Luise das  
80. Lebensjahr. Seit über 62 Jahren ist F. K.  
Hoheit unserer Heimat im schönsten Sinne des Wortes  
eine Landesmutter gewesen. Mit feinem und durch-  
dringendem Verständnis für die Eigenart des badischen  
Volkes war die hohe Frau darauf bedacht, die Frauen-  
welt des Landes zu Arbeiten der wertigsten Mensch-  
liche anzuregen und zusammenzuführen. Ihre Erziehung  
für jenseitigen Lebenslauf zu fördern, sie zusammen-  
zuführen auf die den Menschen von Gott gestellten Ziele und dem  
ihrer Lebensarbeit die höhere Weisheit zu geben. Wo  
immer Not und Leiden sich zeigten, setzte die mütterliche  
Vollziehung der Großherzogin Luise ein, selbst helfend,  
anleitend und richtunggebend. Im weiten Kreise des  
Volkes, besonders in den Kreisen der Wohlfahrts-  
vereinigungen besteht der Wunsch, an dem Tage, an dem  
die geliebte Königin das hohe Alter von 80 Jahren er-  
reicht, der Dankbarkeit für die Lebens-  
arbeit der hohen Frau einen sichtbaren Aus-  
druck zu verleihen.

Die Zeit ist nicht dazu angetan, eine allgemeine Lan-  
desversammlung zu veranstalten, wohl aber soll denen, die  
den Wunsch haben, diesen Tag zu einer Kundgebung  
ihrer Dankbarkeit zu benutzen, Gelegenheit gegeben  
werden, diese zum Ausdruck zu bringen, durch Nieder-  
legung einer Spende, die zur Verleumdung und Ausga-  
haltung der Krankenpflege durch Unterhaltung bestehen-  
der und neu zu errichtender Krankenhäuser und durch  
Vereinstellung von Mitteln zur Ausbildung von Pflege-  
zweigen dienen soll.

Die in Baden allerorts bestehenden Sammelstellen  
des roten Kreuzes, wie auch die bestmöglichen Stellen des  
Badischen Frauenvereins, des Caritasverbandes und der  
inneren Mission nehmen solche Spenden entgegen und  
werden sie dem unter Nummer 10000 „Großherzogin  
Luise-Geburtsstiftung“ beim Postbesamtsamt er-  
richteten Postkontos zuführen. Spenden unter der Bezeich-  
nung für die Großherzogin Luise-Geburtsstiftung  
können bei den genannten Stellen oder auf das ange-  
gebene Postkontos einbezahlt werden.

**Politische Nachrichten.**

**Die Sowjetregierung aus der Schweiz entfernt.**

Bern, 12. Nov. (W.L.B.) Dep-Agentur. Die  
Gesandtschaft der russischen bolsche-  
wistischen Regierung, die immer noch in  
der Schweiz anwesend war, ist heute unter mili-  
tärischer Eskortierung in 15 Auto-  
mobilen von Bern an die Landesgrenze befördert  
worden. Der Bundesrat hat vor einiger Zeit ihre  
Ausweisung beschlossen.

**Der Generalfreil in der Schweiz.**

Bern, 12. Nov. (W.L.B.) Dep-Agentur. Der  
erste Tag des Generalfreil verlief ruhig.  
Der Eisenbahnverkehr war größtenteils eingestellt,  
doch verkehrten von Bern aus und auf einigen Neben-  
bahnen eine Anzahlzüge. In der französischen  
Schweiz haben die Arbeiter den Streik nur wenig

**An die deutsche Landbevölkerung.**

Berlin, 12. Nov. (W.L.B.) Die neue deutsche  
Reichsregierung ruft hiermit alle Schichten der Be-  
völkerung ohne Unterschied der Parteipolitik zu ge-  
meinsamer freiwilliger Bildung von Bauern-  
räten, um die Volksernährung, die Ruhe  
und Ordnung auf dem Lande, sowie die ungehin-  
derte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzu-  
stellen. Die Reichsregierung hat den Wunsch, die  
staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernäh-  
rung auf das absolut Notwendige zu beschränken, in  
der Erkenntnis, daß Freiwilligkeit und  
Selbstverwaltung schneller und besser zum  
Ziele führen, als die beste bürokratische Organi-  
sation. Je mehr die ländliche Bevölkerung durch  
freiwillige selbstgeschaffene Orts-  
und Gemeindeausschüsse dazu beiträgt, daß  
schnell und fortlaufend die erforderlichen Lebens-  
mittelmengen zur Sicherung der Volks-  
ernährung bereit gestellt werden, je weniger wird es zu zwo-  
möglichen Eingriffen kommen. Die ländliche Bevölke-  
rung hat es also selber in der Hand, hier auf ein  
Mindestmaß zu beschränken. Die ländliche Bevölke-  
rung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie  
nachdrücklich schützen wird von allen willkürlichen  
Eingriffen Unternehmern in ihre Eigentums- und  
Produktionsverhältnisse. Wenn der Hunger nie-  
manden vor der Ernt auf das Land treibt und die  
von der Ernt zurückbleibenden Substanzen reellrecht  
verfügt werden können, wird es solcher Schutzmaß-  
nahmen gar nicht bedürfen. Deshalb ist die frei-  
willige Lieferung der erforderlichen  
Lebensmittelmengen das sicherste Schutz-  
mittel von Störungen von Art und Ordnung auf  
dem Lande und garantiert auch am besten den un-  
geforderten Fortgang der ländlichen Betriebe. Dieser  
Zusammenhang wäre die ländliche Bevölkerung sich  
bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften  
steht, um das deutsche Volk in dieser schweren Zeit  
vor dem Verhungern zu schützen. Niemand wird Un-  
billiges von ihr verlangen und sie verantwortlich  
machen, wenn Transportverhältnisse oder andere  
Umsstände Störungen in der Verorgung der Bevöl-  
kerung verursachen, aber im eigenen Interesse und  
in dem der Volksgemeinschaft muß die Landbevölke-  
rung sich ohne jeden Versuch die freiwillige Organi-  
sation von Bauerräten in der Hand nehmen. Er-  
forderliche haben die berufenen Organi-  
sationen der deutschen Landwirtschaft  
sich bereits mit einem solchen Vorhaben an die  
Landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands ge-  
wendet und sich mit der neuen Reichsregierung dar-  
über verständigt.

Setzt sich es schnell an handeln, jede Passivität  
anszuschaffen und in freiwilliger, gemein-  
samer Zusammenarbeit der Bauern-  
räte auf dem Lande mit dem Kriegs-  
ernährungsamt und den Arbeiter-  
und Soldatenräten in den Städten alle Ge-  
fahren abzuwenden, die eine akute Hungersnot über  
den Einzelnen und über die Volksgemeinschaft herauf-  
beschwären muß.

Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Gewerbe-  
treibende auf dem Lande! Bildet unverzüglich  
Bauerräte!

Der Rat der Volksbeauftragten:  
Ebert, Gause, Landshera, Scheide-  
mann, Barth, Dittmann.

mitgemacht. Man rechnet auf eine lange Dauer  
des Streiks.

Dem Bundesrat sind aus bürgerlichen politischen  
Kreisen, aus landwirtschaftlichen Organisationen,  
von kantonalen Regierungen und von den Turnen  
Schützenvereinen zahlreiche Guldigungs- und  
Ergebenheits-Erklärungen erangan.

Berlin, 12. Nov. (W.L.B.) Dep-Agentur. Die  
Stadt bietet ein vollkommen ruhiges Bild.  
Die nichtsozialistischen Parteien konnten infolge  
des Ausstandes des Personals nicht erscheinen. Sie  
haben sich abgemeldet und geben ein Blatt  
„Bürgerliche Presse“ heraus. Das gleiche  
ist in Lausanne geschehen.

Bern, 12. Nov. (W.L.B.) Der Bundesrat ersieht  
einen Aufruf an das schweizerische Volk, indem er  
die neuen militärischen Aufgebote und die  
Unterstellung des staatlichen Personals unter  
das Militärrecht beantragt, sowie den Willen be-  
kündet, jede Gewalttätigkeit zu verhindern.  
Er appelliert an die Wirrer des freiheit-  
lichen Staatswesens, dessen Einrichtungen und Ge-  
setze dem Volk die Mittel in die Hand geben, immer  
durch seinen Willen jeden Fortschritt und jede  
Neuerung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete  
zu verwirklichen.

**Sozialistischer Konarch in Holland.**

Rotterdam, 11. Nov. (W.L.B.) Hier fand am  
Sonntagabend eine Versammlung der sozialistischen  
Arbeiterpartei statt, in der beschlossen wurde, den be-  
reits angekündigten allgemeinen Arbeiter-  
konarch am Samstag, den 16. und Sonntag, den  
17. November, abzuhalten.

**Demobilisierung in Holland.**

Haar, 11. Nov. (W.L.B.) Konr.-Büro. Die Re-  
gierung hat beschlossen, zur teilweisen Demo-  
bilisierung überzugehen. Die vorbereitenden  
Maßregeln sind bereits getroffen, jedoch in den näch-  
sten Tagen mit der Durchführung gerechnet werden  
kann.

Der französische Kammerpräsident über Elsch-Lothringen  
Paris, 12. Nov. (W.L.B.) Nach einer Meldung der  
Agence Havas wurden dem Ministerpräsidenten Cle-  
menceau bei seinem Erscheinen in der Deputierten-  
kammer begeisterte Huldigungen dargebracht. Er las  
unter großem Beifall die Waffenstillstands-  
bedingungen vor und richtete Grüße des einigen,  
unteilbaren Frankreichs an Elsch-Lothringen  
und die im Kriege Gefallenen. Beim Verlassen der Tri-  
büne wurde Clemenceau erneut begeistert begrüßt. Der  
Präsident der Kammer, Desjanel, feierte unter  
großem Beifall die gesegnete Stunde, für die Frankreich  
47 Jahre geliebt habe. Morgen werde man in Straßburg  
und Metz sein. Sein menschliches Wort könne diesem

Wort Ausdruck verleihen. Die beiden Provinzen Elsch  
und Lothringen seien das heilige Unterland der nation-  
alen und moralischen Einheit Frankreichs. Zum Schluß  
forderte der Redner auf, denen zu huldigen, deren über-  
menschlicher Mut aus Elsch-Lothringen in den Augen  
der ganzen Welt die Personifikation des Rechtes gemacht  
hätten. (Beifall.)

Auch im Senat feierte Präsident Dubois den  
Etag, der das Tor zu neuen Geschicken öffne. Redner  
schloß mit der Aufforderung an die Franzosen, stark und  
einig zu bleiben für die große Zukunft.

**Einschränkung der Munitionserzeugung.**

London, 11. Nov. (W.L.B.) Reuters. Das  
Munitionsministerium erläßt Instruk-  
tionen an alle Fabriken, die für das Munitionsmi-  
nisterium arbeiten, die Erzeugung allmählich ohne so-  
fortige allgemeine Entlassung der Arbeiter einzu-  
schränken. Die Interessen der Arbeiter werden  
auf verschiedene Weise geschützt werden. U. a.  
durch eine Auszahlung einer besonderen Vergütung  
für Arbeitslosigkeit im Betrage von mindestens 21  
Schilling in der Woche, auf die für sechs Monate lang  
Anspruch haben können.

**Republikanische Bewegung in Schweden.**

Stockholm, 11. Nov. (W.L.B.) Vorgeföhrt hat in  
Stockholm auch unter gewaltiger Beteiligung der  
Frauen eine große Kundgebung gegen die  
Verteuerung der Lebensmittel stattge-  
funden. Ein Zug von Arbeitern überreichte der Re-  
gierung eine Erklärung, in der umfassende Maß-  
nahmen zur Bekämpfung der hohen Preise und zur  
Erleichterung des Teuerungsmittels gefordert wird.  
Das sozialdemokratische Blatt Politiken veröffent-  
lichte gestern ein Programm einer Massen-  
aktion zur Herbeiführung der sozialistischen  
Republik in Schweden, wenn nötig, soll  
zu deren Ergründung ein allmählicher Aufstand ver-  
bunden werden. In diesem Programm wird eine  
republikanische Staatsverfassung, Abschaffung der  
Ersten Kammer, sofortige Einberufung einer kon-  
stituierenden Nationalversammlung, sofortige Ein-  
stellung der Truppenübungen, durchreisende Er-  
höhung der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter,  
Einführung des achtstündigen Arbeitstages und  
Beaufichtigung der Industrie durch die Arbeiter ge-  
fordert. Der Aufruf fordert schließlich zur Bildung  
von Arbeiter-, Soldaten- und Bauerräten auf.

**Dillon gegen Northcliffe.**

Stockholm, 11. Nov. (W.L.B.) Wie der Londoner Be-  
richterstatter von Astonbladet meldet, leitete der Unter-  
staatssekretär im Unterhaus Dillon, der Führer der  
Rechten Nationalisten eine Debatte gegen North-  
cliffe ein. Er erklärte, daß der Artikel Northcliffe über  
die Friedensbedingungen der Alliierten, der in der  
ganzen Welt verbreitet wurde, in Wirklichkeit der Abwurf  
eines offiziellen Dokumentes vertraulicher Art gewesen  
sei. Die Regierung wage jedoch nichts gegen North-  
cliffe zu tun. Dillon wurde von Garrison, dem früheren  
Ministermann, kräftig unterstützt, der Northcliffe aufs be-  
stimmte angriff und behauptete, er wolle Lord Milner  
Kriegsministerposten betreiben, um selbst dahin zu kom-  
men und an der Friedenskonferenz teilzunehmen.

Haar, 11. Nov. (W.L.B.) Das Konr.-Büro mel-  
det: Es ist zu erwarten, daß jetzt zahlreiche mili-  
täre Kriegsangelegenheiten verbunden werden,  
sich über Holland nach ihrem Vaterland zu begeben.  
Um diese Bewegung in geordneten Bahnen zu er-  
halten, wird eine gewisse Truppenzahl zur  
Durchführung der notwendigen Dienstleistung ver-  
fügbar bleiben müssen.

**Die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen bei der Marine.**

Berlin, 13. Nov. (W.L.B.) Die Regierung  
hat dem Staatssekretär des Reichs-  
marineamtes folgendes Telegramm geschickt:  
Wir bitten für die gesamte Marine anzuordnen, daß  
die militärische Disziplin, Ruhe und  
straffe Ordnung in der Marine unter  
allen Umständen aufrecht erhalten  
bleiben, daher den Befehlen der militärischen  
Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt  
zu gehorchen ist und daß eine Entlassung von  
Marineangehörigen aus der Marine nur auf Befehl  
der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die  
Befehle haben ihre Waffen und Ausrüstungen  
beizubehalten und die Soldatenräte in ihrer Tätig-  
keit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung  
rücksichtslos zu unterstützen. Alle Beschädigung von  
Schiffen, militärischen Einrichtungen und Kriegs-  
material muß unterbleiben. Alle Kräfte haben mit-  
zuarbeiten, damit die Bedingungen des  
Waffenstillstandes beschleunigt und  
restlos durchgeführt werden. Die Marine  
müsse sich bewußt sein, daß von ihrer pflichttreuen  
Mitwirkung bei der Ausführung des Waffenstill-  
standes alles abhängt. Wir bekommen Frieden  
nur, wenn wir die uns auferlegten Bedingun-  
gen des Waffenstillstandes getreu er-  
füllen. gez.: Ebert, Gause, Scheidemann, Land-  
shera, Dittmann, Barth.

Vorsitzenden Erlaß bringe ich zur Kenntnis der  
Marine. gez.: Ritter von Mann-Tischer, Staats-  
sekretär des Reichsmarineamtes.  
Der Soldatenrat des Reichsmarine-  
amtes und der Admiralsstab empfehlen allen  
Soldatenräten der Marine, bringend nach vorkom-  
endem Regierungserlaß zu verfahren, damit alle An-  
forderungen militärischer Art keinen Aufschub er-  
leiden, sonst ist die Durchführung der Waf-  
fenstillstandsbedingungen aufs äußerste  
gefährdet, und damit die baldige Herbeiführung des  
Friedens in Frage gestellt. Ueber die Widmung eines  
Marineaktionsausschusses für die ge-  
samte Marine im Reichsmarineamt erlangen weitere  
Mitteilungen und Einladung zur Entsendung von  
Delegierten im Einvernehmen mit der Reichsre-  
gierung. Der Soldatenrat des Reichsmarine-  
amtes und des Admiralsstabes. gez.: Lorey und  
Ulrich.

**Verhaftung von Fremden.**

Belfingfors, 9. Nov. (W.L.B.) Nach hier eingegan-  
genen Mitteilungen hat die Regierung der Bols-  
schewisten alle Untertanen fremder Mächte  
verhaften lassen, unter ihnen auch die Mitglieder  
des deutschen Generalkonsulates in Petersburg.

